



Neue Wege, neues Denken in der Politik...

Unser Programm

Unsere Konzepte

(noch in Arbeit: Stand: 8.7.2003)

Es braucht neue Wege und ein neues Denken in der Politik

- Keine weiteren Reparatur-Maßnahmen an nicht mehr zukunftsfähigen Systemen und Strukturen
- Re-Engineering von Staat, staatlichen Strukturen und öffentlichen Systemen mit Hilfe eines ganzheitlichen Konzeptes unter dem Dach einer tragfähigen Vision
- Vorgaben: Eigenverantwortung, Subsidiarität, höchstmögliche Demokratie und Transparenz, möglichst kleiner, aber starker Staat, nach den Prinzipien von Treu und Glauben und einer Bürgergesellschaft
- Maxime: Klar definierte Funktionen und in klar definierter Qualität zu möglichst niedrigen Kosten, und zwar optimal in einander vernetzt

Keep it simple and do it!

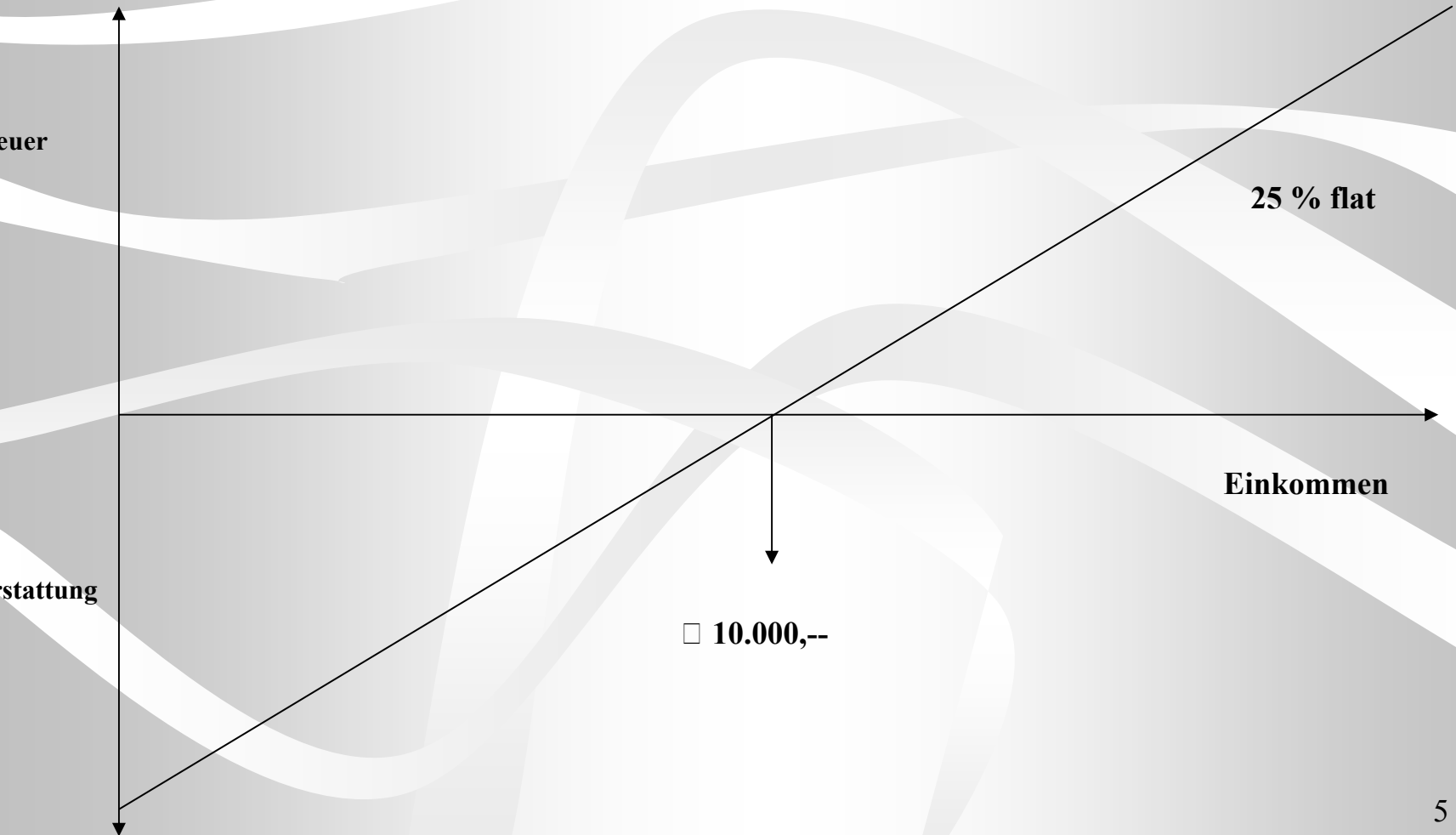
Unser Steuer-Konzept (1)

- **Nur noch 3 Einkommensteuer-Arten: Gehälter/Löhne, Einkommen aus selbständiger Arbeit (z.B. Gewinne) sowie Vorsorgeeinkommen (z.B. Renten);**
- **Einheitlicher Steuersatz von 25%; gleichzeitige Streichung fast aller Steuervergünstigungen; Vorsorgeaufwendungen und Ausgaben zur Mehrung des Human-Kapitals (z.B. Weiterbildung, Teile der sogenannten Werbungskosten) von der Steuer abziehbar**
- **Freibeträge: □ 10.000,- (Steuerpflichtiger und unterhaltene Familienmitglieder); jährlich der Preissteigerung angepasst**
- **Einheitlicher Steuersatz von 25% auf Gewinne von Selbständigen, Unternehmen, Kapital-anlegern; von der Steuer abziehbar: Schutzzinsen (Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals)**
- **Streichung der Gewerbesteuer**
- **Verwendung von 5% der Steuerschuld für gemeinnützige Organisation (nach Wahl des Steuerpflichtigen)**
- **Endgültige Streichung der Vermögenssteuer, der Spekulationssteuer und der meisten Bagatell-Steuern**
- **Halber MWSt.-Satz auf Produkte, die bereits mit Verbrauchssteuern belegt sind (z.B. Mineralöl) und für besonders lohn-intensive Produkte und Dienstleistungen**

Unser Steuer-Konzept (2)

- **Senkung der Erbschaftssteuer bzw. Anhebung der Freibeträge auch für Lebenspartner; Erbschaftssteuer für Betriebsvermögen auf 10 Jahre gestundet und pro Jahr der Betriebsfortführung um 1/10 erlassen**
- **Fester Verteilungsschlüssel aller Steuern auf Gemeinden, Länder und Bund (die Gemeinde nimmt die Steuer ein und verteilt nach oben)**
- **Gemeinden können den für sie geltenden Steuersatz zu Gunsten der Steuerzahler senken**
- **Abschaffung jeder Art von Quellen-Besteuerung bei Arbeitgebern und Banken; stattdessen Steuervorauszahlungen und Direkterklärung**

Prinzip: Negativ-Steuer

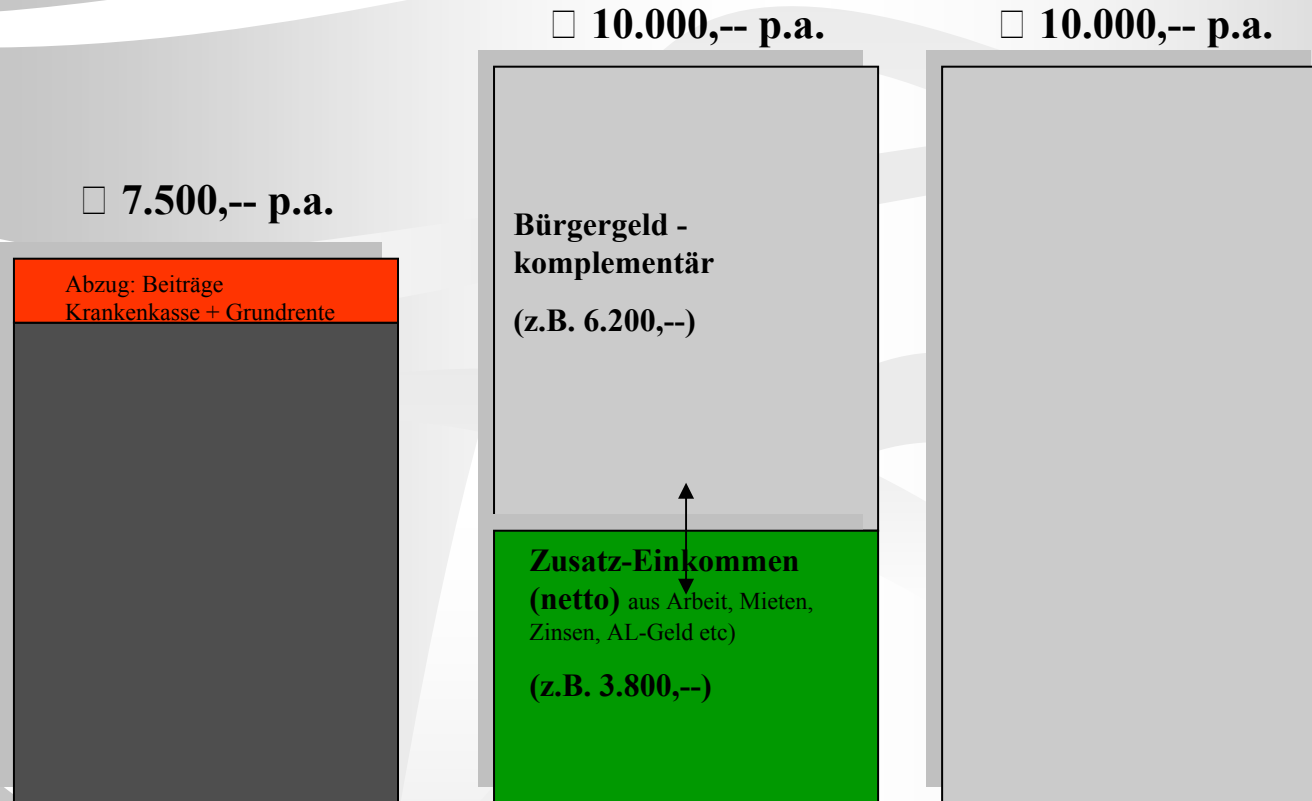


Bürgergeld, Negativ-Steuer

- **Bürgergeld ersetzt fast alle staatlichen Transferzahlungen und Lohnersatzleistungen und stellt die Funktion der Grundsicherung dar**
- **Das Normal-Bürgergeld beträgt □ 7.500,-- p.a. (abzüglich Mindestbeiträge für Krankenkasse und Grundrente); indexiert**
- **Komplementär-Bürgergeld bis zur Erreichung des Niedrig-Einkommens von □ 10.000,-- p.a. (indexiert, nach Bundesländern variierend)**
- **Auszahlung über das Finanzamt**
- **Anspruch auf Bürgergeld: deutsche Staatsbürger, ausländische Ehepartner, EU-Bürger (auf dem Niveau des Heimatlandes); Asylanten und Kriegsflüchtlinge: 75%; Drittstaaten-Bürger: kein Anspruch; Rückforderung von Bürgergeld-Zahlungen an EU-Bürger von den Heimatländern**
- **Bürgergeld für Kinder: nach Alter gestaffelt bis zur Volljährigkeit bzw. Ausbildungsende (max. 50%)**
- **Generelle Arbeitsbereitschaft für erwachsene Bürgergeld-Bezieher; Ausnahmen: Kindererziehung, Pflege von Angehörigen; sonst Abzug bis zu 50% und/oder Umstellung auf Naturalleistungen (Wohnung, Verpflegung etc.)**
- **Keine Anrechnung von eigener Wohnung und Vermögenswerten für die Alterssicherung bis zu bestimmten Höchstgrenzen**
- **Stattdessen: Verwertung des Vermögens bei Tod durch das Finanzamt als Bürgergeld-Zahlstelle bis zu 50% der geleisteten Zahlungen**

Bürgergeld/Negativ-Steuer

Ersetzt: Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung, Kindergeld, Bafög



Bürgergeld

Niedrigeinkommen

Steuerfreibetrag

Die Zahlen sind vorläufig und dienen der Systemdarstellung

Krankenversicherung

- **2 Säulen: Grundversorgung und modulare privat versicherte Zusatzversorgung**
- **Kontrahierungspflicht für alle Krankenversicherungen für die Grund- und Zusatzversorgung**
- **Mitglieds- und Beitrags-Pflicht in der Grundversorgung für alle Bürger (ab Volljährigkeit); Rückgewähr und Kündigungsanspruch**
- **Gleicher Beitrag für alle: □ 200,- p.M. (paritätische Zahlung)**
- **25% des Beitrages gehen auf ein zweckgebundenes „Medizinisches Sparkonto“)**
- **Fälschungssichere Chip-Karte (damit u.a. Zugang auf das Medizinische Sparkonto)**
- **10% Selbstbehalt (mit Sozialklausel) bis Höchstgrenze, Rabatte bei höherem Selbstbehalt**
- **Direkte, pauschalierte Abrechnung zwischen medizinischem Leistungsträgern und Patienten (Abschaffung der KVs)**
- **Prüfung und Weitergabe der Rechnungen an die Krankenversicherung**
- **Abschaffung der Berufsgenossenschaften; als Ersatz privatrechtliche Versicherung**
- **Herausnahme aller versicherungsfremden Leistungen und/oder Finanzierung über Steuern und private Versicherungen**
- **Einführung von Karenztagen**

Rentenversicherung (1)

- **3 Säulen: Grundrente (teilw. kapitalgedecktes Umlageverfahren), Berufsrente (Kapitaldeckungsverfahren) und freiwillige Altersvorsorge (steuergefördert bis Höchstgrenze)**
- **Streichung der Öko-Steuer als Unterstützung der Rentenversicherung**
- **Beitrags-Pflicht zur Grundrente für alle Erwerbstätigen (ab Volljährigkeit bis Renteneintritt), auch für Beamte, Politiker. Für Bezieher von Bürgergeld und Transferleistungen reduzierter Mindestbeitrag (□ 50,--)**
- **Renteneintrittsalter: frühestens ab 62. Lebensjahr**
- **Beitrag für die Grundrente: 7 % vom Gehalt; paritätische Zahlung (für Beamte übernimmt der Staat den Arbeitgeber-Anteil) oder 7 % vom Erwerbseinkommen (Gewinn ./ Verzinsung; nach oben hin gedeckelt)**
- **Mindestens 1/3 der Beiträge für die Grundrente müssen vom Staat am Kapitalmarkt ständig angelegt sein (damit zumindest Drittel-Deckung des Rentenvermögens)**
- **Niveau der Grundrente: mindestens 125 % des Bürgergeldes = □ 9.375,--, beitragsabhängig: maximal □ 16.500,--, jeweils indexiert**
-

Rentenversicherung (2)

- **Beitrags-Pflicht zur Berufsrente für alle abhängig Beschäftigten (auch Beamte) bis zu ein Jahresgehalt von □ 60.000,-- vom Berufseintritt an bis zum Renteneintritt**
- **Beitrag für Berufsrente: 7 % vom Gehalt; paritätische Zahlung (bei Beamten übernimmt der Staat den Arbeitgeber-Anteil);**
- **Einzahlung in privat-wirtschaftlich geführte Rentenfonds mit Mindestverzinsung von 4% p.a.**
- **Berufsrente: 7,5% des Rentenguthabens (incl. Zinsen) p.a.**
- **Bis 3 Jahr vor Renteneintritt: Möglichkeit der Gesamtauszahlung des Rentenguthabens**
- **Steuerliche Förderung der zusätzlichen privaten Altersvorsorge bis zu einem Höchstbetrag**

Arbeitslosenversicherung

- **Risikoversicherung in der Rechtsform einer Stiftung ohne direkten Staatseinfluß**
- **Organisatorische Trennung von der Bundesanstalt für Arbeit (bei ihr verbleiben die Funktionen der Vermittlung, Beratung und Weiterbildung, die von der Stiftung bezahlt werden; ABM-Maßnahmen entfallen ersatzlos)**
- **Anlage der Beiträge am Kapitalmarkt; Garantie des Staates für einen Sockel-/Mindestbetrag (dafür erhält der Staat ein Aufsichtsrecht)**
- **Beitragspflicht für alle abhängig Beschäftigten und Beamten bis 5.000,- Monatsverdienst; paritätische Zahlung (bei Beamten zahlt der Staat den Arbeitgeber-Anteil)**
- **Beitragshöhe: durchschnittlich 6% vom Einkommen (Bonus gemäß Risiko-Einstufung); Rückgewähr bei Nichtinanspruchnahme**
- **Leistungen bis 70% des Netto-Gehaltes (Anrechnung von 2 Jahren innerhalb 3 Jahren); Untergrenze: Bürgergeld-Niveau**
- **Leistungsdauer: 12-36 Monate (je nach Risiko-Einstufung und Versicherungsdauer)**
- **Keine Zahlungen für Früh-Verrentung**
- **Keine Zahlungen für bestimmte Arten von Scheinarbeitslosigkeit (z.B. um den Kindergeld- oder Renten-Ansprüche zu sichern)**
- **Für Empfänger von Arbeitslosengeld gilt: Uneingeschränkte Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt, Mobilität, Weiterbildungsbereitschaft, Nachweis der aktiven Beschäftigungssuche; sonst Kürzung bis zur Höhe des Bürgergeldes**

Was bringen unsere Konzepte zu Steuer und Sozialsystemen?

Wir bekommen einen modernen, professionelleren und schlanken Staat, eine motiviertere Gesellschaft und ein ganz anderes Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern! Und wir bekommen noch viel mehr: eine positive Kettenreaktion:

- Gravierende Entlastungen der Arbeitgeber bei den Lohnzusatzkosten um über 35%; das bringt bis zu 1,5 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze
- Deutliche Kaufkraftzugewinne bei den Bürgern durch das um über 25% steigende verfügbare Einkommen; das sichert Arbeitsplätze und schafft neue
- Substantielle Verbesserungen bei der Eigenkapitalausstattung und bei Neu-Investitionen in den Unternehmen
- Deutliche Zuwächse bei den Direkt-Investition aus dem Ausland
- Schaffung von Freiraum und Verbesserung der Basis für mehr Eigenverantwortung der Bürger
- Massive Verbesserung des Finanzierungs-Saldos des Staates; ausgeglichene Haushalte sind realisierbar
- Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, Steuersparmodelle lohnen sich weniger

Wir sind auch an folgenden
Themen dran....

Staatliches Handeln Bund (1)

- **Formulierung einer von allen gesellschaftlichen Gruppen getragenen, glaubwürdigen und für den Bürger attraktiven, motivierenden Vision von Deutschland**
- **Entwicklung und Fortschreibung einer zukunftsfesten, langfristig orientierten, ganzheitlichen, in sich vernetzten Politik-Gesamt-Konzeption („viele Steinchen fügen sich in ein für den Bürger erkennbares Mosaik“)**
- **Modernisierung und Anpassung des Grundgesetzes**
- **Konsequente Achtung der Verfassung; Rücknahme von Interpretationsfehlern bezüglich Gewaltenteilung, Funktion der Parteien, Freiheit des Abgeordneten; staatsanwaltliche Zuständigkeit für Verfassungsbruch bzw. -mißbrauch**
- **Schaffung einer Bürgergesellschaft (weg vom Untertanen hin zum Bürger), die vom Staat gefördert und im wesentlichen von einem bürgerschaftlichen Engagement seiner Bürger getragen werden soll**
- **Schaffung eines kleinen, starken und professionellen Staates, der mit seinen Bürgern nach dem Prinzip von Treu und Glauben und auf gleicher Augenhöhe umgeht**
- **Mehr Klarheit und Wahrheit in der Politik**
- **Konsequente Durchsetzung der Eigenverantwortung und der Subsidiarität (für mehr Eigenverantwortung muß dem Bürger aber auch mehr Geld zu seiner Verfügung belassen werden); Stopp der Sozialisierung von Problemen, die der Bürger besser und in der Regel effektiver und kostengünstiger lösen kann**
- **Förderung des Ehrenamtes von Bürgern**

Staatliches Handeln Bund (2)

- **Umorientierung der „Sozialen Marktwirtschaft“ in eine „Sozial und ökologische verantwortungsvolle Marktwirtschaft“**
- **Produktion und Leistung, d.h. die Schaffung von Werten und Arbeitsplätzen muß Vorrang haben vor der Verteilungspolitik**
- **Reduzierung der Staatsquote auf max. 35% (zu Beginn der 60-er -Jahre lag sie bei 32%, bis 1996 wuchs sie auf über 50%, in 2001 lag sie bei 48,4 %; 1% weniger Staatsquote gibt den Bürgern 21 Mrd. € zurück)**
- **Grundsätzlicher Vorrang privater Investitionen vor staatlicher nach dem Prinzip der Subsidiarität**
- **Abschaffung von Gemeinschaftsaufgaben zwischen Bund und Ländern (Streichung der §§ 91 a,b GG), Rückgabe dieser Aufgaben an die Länder**
- **Streichung aller Bundes-Finanzhilfen an die Länder, um diese zu „kaufen“ oder deren Zuständigkeit zu bezahlen**
- **Gesetzgebungs-Kompetenz nicht von der Pflicht zur Kostentragung trennen (Streichung des § 104 a, GG); die Durchführung von Bundesgesetzen muß grundsätzlich vom Bund finanziert werden**
- **Konsequente Verlagerung der Gesetzes-Zuständigkeit von oben nach unten nach dem Subsidiaritäts-Prinzip**
- **Verkauf der Bundesbeteiligungen an 375 Unternehmen**
- **Zurückdrängen der Parteien auf ihre ursprünglichen, im Grundgesetz geregelten Funktionen**

Staatliches Handeln (3)

- **Rückdelegation von Basis-Themen in die Parlamente (die wesentlichen Entscheidungen werden heute in Kommissionen getroffen, die dann nur noch abgenickt werden)**
- **Komplette Überarbeitung von Bundesgesetzen und Verordnungen; neue Gesetze nur mit Verfallsdatum (5 Jahre)**
- **Grundsätzliches Verbot von Gesetzen mit Rückwirkungs-Charakter (Beachtung des Vertrauensschutzes)**
- **Abbau von mindestens einer Verwaltungsebene zwischen Bund und Gemeinde**
- **Reduzierung der Anzahl von Bundesländern und Landkreisen; stattdessen Schaffung von Regionen mit Regional-Regierungen und -Parlamenten**
- **Beschränkung der Amtszeit für den Bundeskanzler (max. 2 Wahl-Perioden)**
- **Absolute Trennung von Staat und Kirche, Abbau der Sonderrechte der Kirche**
- **Konsequenterer, kompromissloser Schutz des Eigentums (wie in der Schweiz)**
- **Wiedereinführung und Wahrung des Bankgeheimnisses**
- **Konsequente Verfolgung von großflächigem Subventionsbetrug und Wirtschaftskriminalität**

Staatliches Handeln (4)

- Entwicklung eines langfristig tragfähigen Systems der Alten-Pflege
- Wirtschafts-Ministerium als Marketing-Abteilung der Deutschland AG
- Länderfinanzausgleich an die Vorlage und Umsetzung von klaren Entwicklungs-Konzepten, Pflichten und Vollzugsterminen binden
- Stärkung der Kommune als die unmittelbarste und häufigste Begegnungsebene des Bürgers mit Staat und Verwaltung (Gestaltungsspielräume erweitern, größere finanzielle Handlungsmöglichkeit und -freiheit, Zulassung von Verwaltungsgemeinschaften ohne Einschaltung der höheren Verwaltungsebene)
- Stärkerer Wettbewerb unter den Gemeinden und Ländern, Abmilderung der GG-Vorgabe (§ 72 = Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse)

Staatliches Handeln Länder & Gemeinden

- Abschaffung der Regierungspräsidien
- Auflösung der Landeszentralbanken
- Kommunale Gebühren strikt nach Aufwand oder Zielkorridor, keine Mischung und Quersubvention
- Führung der Kommunal- und Länderhaushalte nach Regeln des HGB, d.h. Bilanz mit sämtlichen Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten; Veröffentlichung der Bilanzen und G+Vs
- Abbau der unfairen Konkurrenz durch die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen
- Verbesserung der Zahlungs-Moral öffentlicher Auftraggeber
- Privatisierung der 100.000 kommunalen Eigenbetriebe und des kommunalen Wohnungsbestandes

Demokratie

- **Volksabstimmungen, Bürgerbegehren und Bürgerbefragungen auch auf Bundesebene**
- **Direktwahl von Bundespräsident und Ministerpräsidenten**
- **Konsequente Wiederherstellung der weitgehend zerstörten Dreiteilung der Gewalten**
- **Herstellung eines Mindeststandards von Demokratie in der EU (letztlich werden wir von demokratisch nicht legitimierten Räten aus Brüssel regiert), Volksabstimmung über eine europäische Verfassung**
- **Radikaler Abbau von Privilegien für Berufs-Politiker (z.B. Übergangsgelder, steuerfreie Aufwandsentschädigungen ohne Nachweispflicht, Ruhegelder ohne Einzahlung; keinerlei Neben-Jobs)**
- **Kumulieren und Panaschieren auch bei Bundestagswahlen**
- **Keine Einschränkung der Freiheit unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung**
- **Wahlkampfkostenzuschüsse an erhaltene Stimmen binden (damit abhängig von der Wahlbeteiligung)**
- **Parteienübergreifendes Zukunfts-Kabinett (Koalition, ähnlich Kommunal)**
- **Trennung der Ämter von Kanzler und Parteivorsitzendem**
- **Konsequenter Ausschluß des Parteeinflusses auf Medien und öffentliche Strukturen**

Parlamente

- Wegfall der Übergangsgelder; Altersversicherung: stattdessen Grundrente + Berufsrente, Einzahlung durch den Abgeordneten (50%)
- Beamte aus den Parlament heraus halten (höchstens quotiert)
- Ausschluß des imperativen Mandats (Fraktionszwang)
- Verbot der Parteisteuer (Abführung von Teilen der Diäten an die Parteien)
- Reduzierung der Parlamentarier in den Parlamenten; Verweildauer: max. 2 Legislatur-Perioden
- Einführung des Bestechungstatbestandes auch für Abgeordnete
- Keine Nebenjobs für Berufs-Politiker
- Trennung von Amt und Mandat (Minister und Kanzler dürfen keine Abgeordneten sein)
- Neue Diäten-Regelung: Abgeordnete erhalten für ihre Parlamentstätigkeit 1.500,-- p.M. über ihrem Durchschnittsgehalt der letzten beiden Jahre (z.B. Lehrer: Gehalt + 1.500,-- / Geschäftsführer: Gehalt + 1.500,--)

Beamtentum, Öffentlicher Dienst (1)

- **Durchgreifende Reform des öffentlichen Dienstes (Einspar-Potential 134 Mrd. Euro in 4 Jahren lt. Studie von Arthur D. Little durch die Streichung jeder 4. Stelle)**
- **Beamten-Status nur noch für absolut hoheitliche Funktionen (Bundeswehr, Polizei, Richter und Finanzverwaltung)**
- **Konsequente Leistungsorientierung bei Gehältern und Beförderung; Abbau des Kündigungsschutzes auf das Niveau der freien Wirtschaft**
- **Sofortige Einbeziehung der Beamten in alle Sozialversicherungen (Arbeitgeber-Anteile zahlt Bund/Land/Gemeinde); Streichung der jährlich ca. 6 Mrd. € für die Krankenbeihilfe der Beamten**
- **Aufbau von Pensions-Rückstellungen in den Haushalten**
- **Durchgreifende Reduzierung der Früh-Pensionierung und des Versetzens in den vorzeitigen Ruhestand**
- **Reduzierung der Pension, falls der Pensionist im Ruhestand wieder in einem anderen Beruf arbeitet**
- **Regelmäßige Nachuntersuchungen von aus Gesundheitsgründen früh-pensionierten Beamten (nicht durch Amtsärzte, sondern durch freie Ärzte)**
- **Regelmäßige Krankenstandskontrolle (Krankenstand der Beamten ist der höchste aller Berufsgruppen!)**

Beamtentum, Öffentlicher Dienst (2)

- **Einführung von persönlicher Haftung im Falle von Geldverschwendung und Amtsmißbrauch**
- **Positionen im öffentlicher Dienst und in öffentliche Anstalten nicht nach Parteibuch besetzen, sondern konsequent über öffentliche Ausschreibungen**

Bürokratie-Abbau

- **Komplettes Re-Engineering aller staatlichen und halbstaatlichen Strukturen nach dem ökonomischen Prinzip; Einführung von Controlling und Qualitäts-Management-Instrumentarien in den Behörden und Verwaltungen**
- **Radikaler Abbau der staatlichen Bürokratie mit dem Ziel eines schlanken, kleinen aber starken und professionellen Staates**
- **Deregulierung der Staatstätigkeit, Beschränkung der Staatsausgaben, sparsame Haushaltsführung, Rationalisierung der Verwaltungen, mehr outsourcing, durchgreifende Privatisierung, (Gemeinde höchstens als Holding oder Systemkopf)**
- **Umkehrung der Beweislast im Zuge von Aufgaben-Privatisierungen: sollen Aufgaben öffentlich erledigt werden, muß der Staat beweisen, dass andere Aufgabenträger dazu nicht in der Lage und/oder zu teuer sind**
- **Stärkere Vernetzung der Politik mit Prinzipien der Marktwirtschaft und „Kunden-Orientierung“**
- **Lean Government/schlanker Staat, als „Dienstleister für Bürger und Unternehmen“ schlanke Verwaltung: leistungsfördernde Laufbahn- und Besoldungsstrukturen; Anreize für kostengünstige Bereitstellung von Leistungen, flexiblere Verwendung der Finanzmittel, keine Orientierung der Finanzmittel an den Vorjahren; Einführung eines modernen Rechnungswesens und Controlling; möglichst alle der heute 100.000 Kommunen ans Internet**

Finanz-Politik

- **Verfassungsgebot für ausgeglichene staatliche Haushalte; 1% der Steuereinnahmen müssen ab sofort zum Abbau der Staatsverschuldung, 0,5% für die Bildung von Pensionsrückstellungen eingesetzt werden**
- **Radikale Reduzierung der Staatsverschwendung (30 Mrd. □ p.a.); Androhung von Mittelkürzungen für das Folgejahr, Schadenersatz, Klagerecht der neutralen Rechnungshöfe**
- **Deutliche Reduzierung der staatlichen Subventionen (60 Mrd. □ p.a.), besonders der Erhaltungs-Subventionen; Subventionen degressiv gestalten und mit Verfallsdatum versehen**
- **Mindestens Halbierung der Staatsbeteiligungen (dadurch könnte die Neuverschuldung über viele Jahr hin auf Null gesetzt werden)**
- **Staatliche Investitionen ab 10 Mio. □ nur unter Vorlage von fundierten Investitionsrechnungen**
- **Konsequentes Eintreiben der fast 60 Mrd. □ Auslandsschulden**

Innere Sicherheit

- **Sofortige Ausweisung krimineller Asylanten**

in Arbeit

Wirtschaft & Arbeit (1)

- **Wegfall der Flächentarifverträge; stattdessen Festlegung von Rahmenbedingungen für betriebliche Vereinbarungen bei Lohn und Arbeitszeit**
- **Entrümpelung von Mitbestimmungsregelungen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen; Rücknahme der letzten Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes (Thema: Betriebsräte im Mittelstand) oder zumindest Öffnungsklauseln für mittelständische Betriebe im Betriebsverfassungsgesetz; stattdessen alternative Instrumente der Mitbestimmung**
- **Beschränkung des Gewerkschaftseinflusses auf die Wirtschaft**
- **Kündigungsschutz nur für Betriebe mit über 20 Mitarbeitern**
- **Abschaffung von (aus der Sicht der zu Schützenden) kontra-produktiven Arbeitsschutzgesetzen**
- **Abschaffung des Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit; Erleichterung von befristeten Arbeitsverhältnissen**
- **Rücknahme des Tariftreuegesetzes**
- **Als Test und wissenschaftlich begleitet: für über 50-jährige Arbeitslose und deren potenzielle Arbeitgeber absolute Vertrags- und Tariffreiheit bei der Einstellung (Voraussetzung: mind. 6 Monate arbeitslos, innerhalb der letzten 5 Jahre nicht bei diesem Arbeitgeber beschäftigt)**
- **Möglichkeit für Unternehmen, Arbeitslose während der Probezeit auch unter Tarif zu beschäftigen**

Wirtschaft & Arbeit (2)

- **Für Arbeitslose: Gründung von Zeitarbeitsfirmen/Management-auf-Zeit-Firmen als Ich-AG/BGB-Gesellschaft, selbst organisiert**
- **Aussonderung von besonders qualifizierten Mitarbeitern aus der Sozialauswahl im Falle von betriebsbedingten Kündigungen**
- **Öffentliche Ausschreibung für alle arbeitsmarkt-politischen Programme**
- **Ausgabe von Qualifizierungsgutscheinen für Arbeitslose**
- **Abschaffung der 10 Landes-Arbeitsämter**
- **Funktion des Wirtschaftsministerium als „Marketing-Abteilung der Deutschland AG“**
- **Überführung der Bereiche Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht in das Wirtschaftsministerium**
- **Umorientierung in der Ost-Förderung in eine Förderung von strukturschwachen Gebieten (ob Ost oder West)**
- **Umfassende Förderung von Existenzgründungen**
- **Straffung der Genehmigungsverfahren für Betriebsgründungen und -änderungen**
- **Wegfall der IHK-Zwangsgliedschaft**
- **Wegfall des Schornsteinfeger-Monopols**

Wirtschaft & Arbeit (3)

- **Deutliche Steigerung der Fördermittel für Forschung**
- **Streichung von Export-Subventionen**
- **Subventionsabbau für sterbende Technologien ; keine Nothilfe des Staates für Großkonzerne**
- **Symetrische Zoll-Sätze (wenn Land A 5% erhebt, dann zahlt A in D auch 5%)**
- **Abschaffung des Schornsteinfeger-Monopols von 1935**
- **Selbstverpflichtung der Wirtschaft, Bezüge und Abfindungen ihrer Vorstände und Aufsichtsräte an der Entwicklungen der Arbeitnehmer im eigenen Unternehmen zu orientieren**
- **Schaffung von mehr Transparenz und Sicherheit für Kapitalanleger; Einführung der persönlichen Haftung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern für vorsätzliche oder grob fahrlässige Falschinformationen**
- **Befreiung von Kleinbetrieben bis zu 20 Mitarbeitern von statistischen Auskunftspflichten; Reduzierung, Vereinfachung und Vereinheitlichung der sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Berechnungs-, Aufzeichnungs- und Meldepflichten**

Bildung (1)

- **Steigerung der Ausgaben für die Bildung (von heute 9,7% auf mindestens 13% der Staatsausgaben; Vergleich OECD = 12%)**
- **Ausgabe von Ausbildungs-Gutscheinen an die Eltern mit freier Wahl der Schulen und Ausbildungsstätten (gilt auch für KiTas und Kindergärten); Abschaffung von Schulbezirken**
- **Komplette Neuausrichtung der Bildung und Ausbildung (Optimierung der Schnittstellen zwischen Kindergarten, Grundschule, Gymnasium, Berufsschule, Studium), Definition von bundeseinheitlichen Leistungsstandards für die verschiedenen Schnittstellen aufgrund von Lastenheften der jeweils übernehmenden Einrichtung ; Primärziel ist die Vermittlung von fachlicher und sozialer Kompetenz, nicht nur von Wissen**
- **Verbesserung der Lehrerausbildung in Richtung Präsentation, pädagogische Diagnostik, erzieherische Beratung, Psychologie des Jugendalters**
- **Gestufte Lehrerausbildung mit Bachelor- und Masterabschluss**
- **Deutlich mehr Freiheit bezüglich der Lehrpläne, entscheidend ist die Erreichung der Standards; Abschaffung der Bildungsminister-Konferenzen**
- **Grundsätzliche Einschulung mit 5 Jahren (mit Eingangstest), erste Fremdsprache bereits in der 2. Grundschulklasse, 12 Jahr bis zum Abitur**

Bildung (2)

- **Förderung des vernetzten Lernens, mehr Integral-/Projekt-Unterricht, stärkere Schwerpunkte auf den Themen Marktwirtschaft, Ökonomie, soziale Kompetenz, Eigenverantwortung, geistige Freiheit und eigenständiges Denken; deutliche Verbesserung der Lese-Kompetenz Etablierung von Elite-Schulen und -Universitäten, Verstärkung der Begabtenförderung (vom Kindergarten an)**
- **Thema „Gesundheitsvorsorge“ schon in den Kindergärten und Schulen**
- **Islam-Unterricht in deutscher Sprache unter staatlicher Aufsicht Etablierung von Elite-Schulen und -Universitäten,**
- **Förderung bzw. Gleichberechtigung von privaten Schulen und Ausbildungsstätten**
- **Stärkung der Autonomie von Hoch- und Fachschulen, diese sollten wie Unternehmen geführt werden, international ausgerichtet und Möglichkeiten zum Aufbau von Vermögen haben, Zulassung von Wettbewerb untereinander um die besten Lehrkräfte und Studenten;**
- **Abschaffung der ZVS**
- **Verbesserung der fachübergreifenden Kenntnisse (z.B. BWL für Ingenieure); mehr Praxisbezug**
- **Verbesserung der außerfachlichen Fähigkeiten (Kundenorientierung, soziale Kompetenz)**

Bildung (3)

- **Reduzierung des Alters von Hochschulabsolventen (heute durchschnittlich 28,3 Jahre) durch Reduzierung der Regel-Studienzeit auf 3 Jahre, 2 weitere Jahre bis zum Master**
- **Einführung von sozial abgedeckten Studiengebühren (zu 100% an die jeweiligen Einrichtungen) in Verbindung mit Bildungsgutscheinen**
- **Qualitätssicherung (über eine unabhängige Stiftung) für Lehrer und Hochschullehrer; Zertifizierung von Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten**
- **Verpflichtung von Lehrkräften zur regelmäßigen, systematischen; mehr Spielraum für leistungsgerechte Bezahlung**
- **Öffnung der Universitäten für Quereinsteiger**
- **Wahl der Lehrer durch die Eltern**

Justiz (1)

Voraussetzungen

- **Durchsetzung und Sicherung der Trennung der drei Gewalten entspr. Art. 137 GG.**
- **Neukonzeptionierung des Beamtenrechts**
- **Unterbindung der Rechtsschöpfung durch die Judikative**
- **Für den Bürger selbsterklärende Verfassung und Gesetze**
- **Einführung eines Normen-TÜVs zur Prüfung von Gesetzgebungsvorlagen**
- **Minimierung der Interpretationsmöglichkeiten von Gesetzen**
- **Überarbeitung und Komprimierung des Grundgesetzes als neue Verfassung**
- **Durchsetzung der generellen Amtshaftung**

Die Justiz

- **Richter dürfen sich um das Amt nicht bewerben, sie werden ernannt. Mindestalter 40 Jahre.**
- **Richter an Gerichten des Bundes müssen durch ein Auswahlgremium der juristischen Fakultäten des Landes berufen werden.**
- **Richter dürfen keiner Partei angehören oder dort aktiv gewesen sein.**

Justiz (2)

- **Gutachter müssen absolute Neutralität und Objektivität nachweisen und im Umfange der zu begutachtenden Sache haften.**
- **Gutachter können nur vom Richter berufen werden.**
- **Versicherungen – soweit nicht unmittelbar betroffen – können keine Prozeßpartei zugunsten Dritter sein. Sie haben strikte Neutralität zu wahren.**

Das Zivilrecht

- **Die Rechtsberatung ist an keinen Stand gebunden; sie liegt im Ermessen des Rechtssuchenden.**
- **Freigabe der aktiven Sterbehilfe nach strengen ethischen Kriterien**
- **Umkehr der Beweislast im Zivilprozeß**
- **Umkehr der Beweislast im Strafprozeß, wenn es um den Lohn oder Gewinn der Tat geht.**
- **Aufhebung der Kostenvorlage bei Gericht**
- **Sanktionen bei ungerechtfertigter oder leichtfertiger Klage**
- **Freigabe der aktiven Sterbehilfe**

Medien, Informationswesen

- **Verschärfung des Datenschutzes (Telefon, Post, Internet); Einschränken des Abhörens von Telefonaten (Benachrichtigung und Rechtfertigung gegenüber dem Abgehörten)**
- **Verbesserung der Rechte von Journalisten (kein Lauschangriff, Schutz von Redaktionsgeheimnissen, Verbot der Beschlagnahme von journalistischem Material)**
- **Transparenz der Beteiligungen und Besitzverhältnissen von Medien, keine Zulassung von Medien-Monopolen**
- **Abschaffung der GEZ und der Rundfunkgebühren**
- **Auflösung von Frequenzmonopolen, Ersetzen der Landesrundfunkanstalten durch eine Bundesaufsichtsbehörde**

Verkehr

- **Deutliche Steigerungen der Investitionen zu Gunsten von Fernstraßen, Schienenwegen und Wasserstraßen**
- **Schutz der individuellen Mobilität und des Individualverkehrs**
- **Keine PKW-Mautgebühren auf deutschen Autobahnen**
- **Mehr Marktwirtschaft in den öffentlichen Nahverkehr, deutliche Reduzierung der Subventionen**
- **Keine Parkraumvernichtung und preislich überzogene Parkraumbewirtschaftung; keine weitere Beschränkung des Individualverkehrs in den Innenstädten**
- **Stopp des Straßenrückbaus**
- **Verwendung der Kfz-Steuern ausschließlich für den Ausbau/die Erhaltung der Verkehrs-Infra-Struktur**

Wir haben einen langen Weg vor uns...

- Es gibt wohl keine Alternative, als sich auf diesen Weg zu machen
- Mit unserer Bürgerbewegung konstruieren wir keine Maschine, sondern wir ziehen eine lebende Pflanze auf, mit Menschen, die sich für ihr Land mit Herz und Verstand engagieren.

Machen Sie bitte mit, wir haben eine echte Chance und wir sollten sie ergreifen!

Verlassen wir den Beifahrer-Sitz und setzen wir uns ans Steuer!